positive Jahresbilanz freut sich der
n wurden 2014 Spitzenwerte in-
chichte erreicht. 2015 werden für
reies Wohnen weitere 11,8 Milli-
ert Vorstandsvorsitzender Wolf-
che Bau- und Sanierungsprojekte

ckweg erwischt

hrsdienst der Gütersloher hat am
bei Geschwindigkeitsmessungen
aurigen Tagesrekord erreichte ein
etberg. Er wurde mit 84 Kilome-
Tempo 50 innerhalb geschlosse-
n einem Bußgeld von 160 Euro er-
ot von einem Monat sowie zwei

ndern Spardose

te machten Einbrecher am Diens-
, als sie in das Treppenhaus eines
der Carl-Bertelsmann-Straße ge-
nen sie eine Wohnungstür auf, in
ie eine Spardose, aus der sie einen
. Die Polizei sucht Zeugen, Hin-
) 8690 entgegengenommen.

r den Urlaub

estvoraussetzungen für den Urlaub
kshochschule. Mehr verstehen und
das Kennenlernen sprachlicher
ndigung in häufigen Urlaubssitua-
staurant, Hotel oder unterwegs –
eressierte können sich an vier Mon-
bis 19.30 Uhr sprachlich auf den Ur-
unter Tel. (05241) 82 29 25.

s Hospizvereins

Palliativ-Verein Gütersloh lädt am
eff „Trauerleben" ein. Es ist ein of-
en Menschen und wird von Trau-
et. Der Treff findet von 14 bis 16
und Palliativ-Vereins an der Hoch-
t kostenlos, eine Anmeldung nicht
s unter Tel. (0 52 41) 7 08 90 22.

t jeden Cent
dtkasse ab

Ungetüme: *Die Höchstspannungsleitungen (wie hier an der Marienfelder Straße) stehen an der geplanten Trasse zu nahe an Wohnsiedlungen.* FOTO: RAIMUND VORNBÄUMEN

HK 12.03.15

Landrat soll sich für Erdkabel einsetzen

Höchstspannungsleitung: Kreisumweltausschuss will Gesetzesänderung auf Landes- und Bundesebene

VON MATTHIAS GANS

Gütersloh. Ob der Landrat höflich gebeten oder schlicht dazu aufgefordert wird, war dem Umweltausschuss des Kreises letztlich ziemlich egal: Am Ende beschlossen die Mitglieder einstimmig, dass sich Sven-Georg Adenauer dafür einsetzen solle, dass die geplante Höchstspannungsleitung auf der Strecke Lüstringhausen-Gütersloh nicht frei über Land, sondern als Erdkabel verläuft.

Adenauers Ansprechpartner für dieses Ansinnen sollen dem in der gestrigen Ausschusssitzung lang diskutierten Beschluss nach nicht nur die mit dem Trassenausbau beauftragte Firma Amprion sein, sondern auch die Gesetzgeber auf Landes- und Bundesebene. So soll der Mindestabstand der Trasse nach niedersächsischem Vorbild 400 Meter von Wohngebieten und 200 Meter von Wohngebäuden betragen. Das Land NRW hat diese Zahlen im noch nicht umgesetzten Landesentwicklungsplan bereits vorgesehen. Ausschussmitglied Arnold Weßling (CD) wünschte sich eine bundeseinheitliche Gesetzgebung.

Zudem soll sich nicht nur der Landrat für die Erdverkabelung einsetzen, auch die Bürgermeister der betroffenen Kommunen – allen voran wurde Gütersloh Bürgermeisterin Maria Unger genannt – sollten mit ins Boot genommen werden.

Der Beschluss kam bei den fast 50 Vertretern verschiedener Bürgerinitiativen aus Isselhorst/Hollen, Blankenhagen und Borgholzhausen gut an. Ihnen wurde sogar im Ausschuss ein Rederecht eingeräumt, in dem sie ihre Gründe für eine Erdkabelverlegung darlegten.

Zuvor hatte Frank Scheffler (Fachbereichsleiter Bauen und Umwelt, Kreis Gütersloh) klar gestellt, dass die Bezirksregierung Detmold auf ein Raumordnungsverfahren (eine frühe Stufe des Planungsverfahrens) verzichtet habe, weil sich keine andere Trasse aufgedrängt habe. Der Kreis habe lediglich eine Stellungnahme abgeben können, in der er seine Bedenken – auch gesundheitliche – formuliert habe. Eine Rechtsgrundlage für einen 400-Meter-Abstand gebe es nicht beim Ausbau, sondern nur beim Neubau einer Trasse. Auch für eine Teilnahme am Pilotprojekt Erdkabel machte er keine Hoffnung. Die Erdverkabelung sei eine freiwillige Leistung von Amprion.

Scheffer wehrte sich gegen den Vorwurf, dass der Kreis sich zu wenig eingesetzt habe und regte an, politische Vertreter auf Landes- und Bundesebene einzubinden, um die gesetzliche Grundlage .

Wolfgang Schulze vom Tiefbauamt des Kreises stellte klar, dass Amprion das Planfeststellungsverfahren bei der Bezirksregierung Detmold beantragt habe, über weitere Schritte könne er keine Aussage treffen. Der Verlauf der Leitung folge im Großen und Ganzen dem der bisherigen Trasse, weise aber Abweichungen auf. Dabei räumte er „neuralgische Stellen" ein, etwa in Isselhorst.

Für die Bürgerinitiative Isselhorst führt die Trasse zu nahe an den Bereich Isselhorst/Hollen heran Maria Vornholt von der Bürgerinitiative Isselhorst (BISS) verwies auf eine Aussage des Bundesamtes für Strahlenschutz, dass Höchstspannungsleitungen wahrscheinlich Emissionen abgäben, die der Gesundheit schaden könnten. „Wie kann man solche Stromtrassen planen, ohne dass man diese Hinweise ernst nimmt?"

Für die Bürgerinitiative in Borgholzhausen sprach Hartmut Halden. Er verwies auf Bürgerinitiativen in Niedersachsen, die erreicht hätten, dass der Trassenverlauf im Planungsverfahren zurückgenommen und ein Raumordnungsverfahren vorgeschaltet worden sei.

Haben noch Hoffnung: *Mitglieder der Bürgerinitiative Isselhorst mit Sprecherin Maria Vornholt (Mitte) nach der Sitzung des Umweltausschusses vorm Kreishaus Wiedenbrück.* FOTO: MATTHIAS GANS

KOMMENTAR

Höchstspannungsfreileitungen im Kreis Gütersloh

Später Druck

VON MATTHIAS GANS

Der Druck aus dem Kreis Gütersloh kommt spät, vielleicht zu spät. Doch dass er kommt, ist richtig. Vielleicht etwas fahrlässig hatte sich die Bezirksregierung die ohnehin geringen Einflussmöglichkeiten auf die Optionen zur Führung der Höchstspannungsleitung nehmen lassen, indem sie auf ein Raumordnungsverfahren verzichtete. Ist der Protest aus dem Kreis deshalb unnütz?

Keineswegs, denn er zeigt, wie viele Menschen direkt von den Auswirkungen einer solchen Leitung betroffen sind und wie wenig die Politik auf deren berechtigte Sorgen Rücksicht nimmt. Und sie offenbart die Mängel der Energiewende, die zu wenig an dezentraler, bürgernaher Energieversorgung orientiert ist. Mag der Protest aus Gütersloh sein vorrangiges Ziel verfehlen, so ist er doch einer der Nadelstiche, ohne die offenbar ein Umdenken in der Politik nicht möglich ist.

gans@ihr-kommentar.de